

## Zusammenfassung Fachblock 4 – Podiumsdiskussion

Mit einer Podiumsdiskussion zum Abschluss wurden in Reflexion bisheriger Inhalte der Tagung Ansätze für Sachsen diskutiert. Im Podium vertreten waren mit Frau Dr. Maaß und Herrn Dr. Müller zwei Bürgermeister, mit denen sowohl der ländliche Raum als auch der Verdichtungsraum repräsentiert waren. Die Stimme für den Ländlichen Raum wurde zusätzlich durch Herrn Landrat Vogel, Präsident des Sächsischen Landkreistages und Landrat des Erzgebirgskreises, gestärkt. Landes- und Regionalplanung waren durch den Referatsleiter Grundsatzfragen/Recht der Abteilung Landesentwicklung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung, Herrn Prof. Dr. Sponer, sowie den Leiter der Verbandsverwaltung des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien, Herrn Zettwitz, vertreten. Herr Prof. Dehne, Professor für Planungs- und Baurecht an der Hochschule Neubrandenburg, brachte die neutrale Sicht der Wissenschaft ein. Herr Prof. Dehne lieferte zudem mit einem zusätzlichen Input zum ländlichen Raum eine ergänzende Diskussionsgrundlage. Vier Aspekte sah er dabei als essentiell zum Thema Gleichwertigkeit an: Zugang zu Arbeit und soziale Sicherheit, Gewährleistung der Daseinsvorsorge in der Fläche, ebenso aber auch subjektive Faktoren wie Lebensgefühl und Zufriedenheit sowie Image und Kommunikation über Räume und Orte. Das Thema Demografie, v. a. im Zusammenhang mit dem Wettbewerb um Arbeitskräfte, sah er ebenfalls als ein Kernthema für Entwicklungsstrategien für den ländlichen Raum. Die Vorzüge des Ländlichen Raumes gelte es sichtbar zu machen; mit der Digitalisierung könnten diese Vorzüge stärker zur Geltung kommen. Mit der Coronakrise habe sich zudem ein neues Möglichkeitsfenster für den ländlichen Raum eröffnet, welches von der Politik genutzt werden müsse. Eine Imagekampagne für den ländlichen Raum und das Zusammenspiel der Ebenen, im Zuge dessen die Menschen zur aktiven Mitgestaltung und Wahrnehmung von Verantwortung befähigt werden, seien dabei wichtige Mittel.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen dann die folgenden 3 Thesen, zu denen auch das Auditorium aufgefordert war, in Verfolgung der jeweiligen Diskussion seine Meinung zu äußern:

1. Die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes hängt im Wesentlichen davon ab, wie es gelingt, junge Leute im ländlichen Raum zu halten oder neu für diesen zu gewinnen.
2. Kommunale Interaktionen und abgestimmtes Handeln können zukünftig die Grundversorgung in der Fläche gewährleisten und so Grundzentren entbehrlich machen.
3. Kommunen, die einen überproportionalen Anteil an Schutzgebieten auf ihren Flächen haben, erhalten für diese durch die erbrachten überörtlichen Leistungen einen finanziellen Ausgleich.

**Zur ersten These** gab es grundsätzlich Zustimmung; allerdings wurden eine Reihe von Faktoren genannt, die damit notwendig im Zusammenhang betrachtet werden müssen und es wurden Mittel und Wege diskutiert, wie diese erreicht werden können. Arbeitsplätze und die Etablierung neuer Arbeitswelten, aber auch soziale Bindungen, Heimatverbundenheit, ein ausdifferenziertes Angebot verschiedener Wohnformen, leistungsfähige Mittelstädte, schnelles Internet und eine gute Verkehrsanbindung wurden als wichtige Faktoren hervorgehoben. Entscheidend sei aber auch das Image einer Region. Hier sei der ländliche Raum besser als sein Ruf und es dürften nicht immer nur die Mängel thematisiert werden. In Anbetracht der Vielfalt des ländlichen Raumes brauche es unterschiedliche Lösungen, wofür es auch einer stärkeren Flexibilisierung bedarf.

Für eine Verbesserung der demografischen Situation wurde betont, dass Zuzug in erster Linie Umverteilung bedeute, da Sachsen, die Bundesrepublik und auch die östlichen Länder Europas im Grunde die gleichen demografischen Probleme hätten. Deshalb müssten vor allem aus den stark überlasteten Räumen Menschen für einen Zuzug gewonnen werden. Neuer Wohnraum sollte dabei im Zuge einer organischen Ortsentwicklung bereitgestellt, mit der Entwicklung neuer Bauflächen

hingegen sorgsam umgegangen werden, nicht zuletzt um negative Effekte für die jeweilige Gemeinde selbst zu vermeiden.

Von den Anwesenden Zuhörern beteiligten sich 37 an der Umfrage. 70 % stimmten der These zu, 19 % antworteten mit nein und 11 % waren sich unschlüssig.

**Die zweite These** wurde erwartungsgemäß kontrovers diskutiert. Während sich zum einen klar gegen die These ausgesprochen und zum bestehenden Konzept der Zentralen Orte einschließlich der Grundzentren bekannt wurde, wurde zum anderen angemahnt, auch über Veränderungen und eine Weiterentwicklung des Systems nachzudenken.

Die Befürworter des Systems betonten, dass man im Ausland teilweise um dieses Konzept beneidet werde. Zu Recht wurde auf den menschlichen/subjektiven Faktor hingewiesen, der oftmals für einen Erfolg oder auch ein Scheitern von gemeindlicher Zusammenarbeit verantwortlich zeichnet. Dem sei weiterhin eine objektive Festlegung auch von Grundzentren durch die Regionalplanung vorzuziehen. Vor allem in dünnbesiedelten Räumen dürfte die notwendige Grundversorgung in der Fläche nicht kommunaler Konkurrenz überlassen werden. Nach wie vor sollte das System der Zentralen Orte aber auch nicht durch eine finanzielle Differenzierung begleitet werden, um Solidarität nicht in Frage zu stellen.

Im Sinne einer Überprüfung und Fortentwicklung des Systems wurde zu bedenken gegeben, dass sich mit der Digitalisierung Raumstrukturen auch veränderten. Zudem wurde die Frage aufgeworfen, ob es gut sei, das Zentrale-Orte-System mit Restriktionen zu verbinden. Versorgungsstrukturen und Mobilität seien die entscheidenden Dinge im Raum, vor deren Hintergrund das bestehende System bewertet werden müsse.

Von den Anwesenden Zuhörern beteiligten sich 35 an der Umfrage. Eine klare Mehrheit sprach sich mit 60 % gegen die These aus. 29 % stimmten der These zu und auch hier konnten sich 11 % nicht für eine klare Antwort entscheiden.

**Zur 3. These** waren sich die meisten Podiumsteilnehmer vom Grundsatz her einig und befürworteten zunächst einen Ausgleich. Schnell wurde in der Diskussion jedoch klar, dass Einschränkungen infolge von Schutzgebieten nicht der einzige Faktor sind, hinsichtlich dessen Gemeinden ungleich aufgestellt sind. Die unterschiedliche demografische Situation z. B. sei nur einer von vielen weiteren Faktoren, an die dabei mit zu denken ist. Insgesamt tue sich ein breites Feld auf, was kaum zu handeln sei und dessen Bemessung sich in der Summe als schwierig erweisen werde. Nichts desto trotz sollte man diese Diskussion auch mit dem Freistaat führen.

Aus zu wenig Selbstständigkeit und Emotionen heraus dürften nicht nur Forderungen an andere aufgemacht werden, sondern die Gemeinden müssten konstruktiv mit den Dingen umgehen. Die Vertreter der kommunalen Ebene beklagten in dem Zusammenhang jedoch die vielfach nicht mehr vorhandene Selbstständigkeit von Kommunen in Bezug auf ihre finanziellen Grundlagen. Gerade viele ländliche Kommunen hätten aus eigener Kraft keine Möglichkeiten mehr, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen und seien überhaupt nur durch Schlüsselzuweisungen handlungsfähig.

Mit Verweis auf Skandinavien wurde in dem Zusammenhang ein Finanzierungsmodell ins Gespräch gebracht, bei dem Geld über die Vorlage von Konzepten verteilt werde. In diesen Konzepten könnten unterschiedliche Ausgangsbedingungen entsprechend Berücksichtigung finden. Pro-Kopf-Zuweisungen führten hingegen eher nicht zum Ziel.

Von den noch 30 an der Umfrage sich beteiligenden Zuhörern konnten sich mit 57 % nur etwas mehr als die Hälfte und ein Fünftel nicht mit der These anfreunden. 23 % und damit knapp ein Viertel konnten sich nicht für eine Antwort in die eine oder andere Richtung entscheiden.

In einer abschließenden Zusammenfassung von anstehenden Schwerpunkten für die Arbeit der Landesplanung in den nächsten Jahren benannte Prof. Sponer u. a. als Stichwort:

- die ganzheitliche Entwicklung des Landes,
- ein neues Narrativ für den ländlichen Raum, welches nicht nur den Strukturwandel im Blick hat,
- die Stärkung des Zentralen Orte und das Aufstellen von Mittelzentren, ggf. auch Grundzentren, mit ihren jeweiligen Verflechtungsräumen als gemeinsame Verantwortungsräume,
- den Umgang mit dem demografischen Wandel in all seinen Facetten
- die Arbeit mit Räumen mit besonderem Handlungsbedarf
- die Auswertung von Forschungs- und Modellprojekten wie Interko2 für weiterführende Erkenntnisse und Schlussfolgerungen,
- Ausbau von Kommunikation.